

Jugendlicher stürzt sechs Meter in die Tiefe

Am Jugendfest in Ponthaux hat sich ein 19-jähriger Mann verletzt: Er fiel von einer sechs Meter hohen Rutschbahn. Weshalb, ist unklar.

PONTHAUX Ein gelungenes Jugendfest hat am Sonntagabend in Ponthaux ein trauriges Ende genommen: Ein 19-jähriger Mann stürzte von einer sechs Meter hohen Rutschbahn, welche die Organisatoren eigens für das Fest im Saanebezirk gebaut hatten. Wie Gallus Risse, Mediensprecher der Kantonspolizei Freiburg, gestern auf Anfrage sagte, verlor der Mann durch den Sturz das Bewusstsein. Die Rega flog ihn nach Bern ins Spital. «Der junge Mann hat sich mittelschwere Verletzungen zugezogen und ist ausser Lebensgefahr», sagte Risse.

Circa ein Dutzend Jugendliche beobachteten den Sturz. Da sie unter Schock standen, wurden sie vor Ort von einem psychologischen Dienst betreut.

Weshalb der junge Mann, der Mitglied des organisierenden Vereins ist, von der Rutschbahn fiel, ist noch unklar: Laut Risse befand er sich zu diesem Zeitpunkt alleine auf der Anlage. Die Polizei prüft nun, ob die Sicherheitsvorrichtungen an der Holzkonstruktion ungenügend waren. «Wir wissen auch noch nicht, ob Alkohol im Spiel war», so Risse.

Das Jugendfest in Ponthaux, das von Mittwoch bis Sonntag dauerte, zog laut einem gestrigen Artikel der Tageszeitung «La Liberté» insgesamt 20 000 Besucherinnen und Besucher an. «Der Anlass als solcher ist ohne Probleme verlaufen», so Risse. *mir*

Vorstoss für Stimmrecht 16 in Gemeinden

FREIBURG Jugendliche ab 16 Jahren sollen in Zukunft auf Gemeindeebene das Stimmrecht haben. Dies fordert Grossrat Simon Bischof (SP, Ursy) in einer Motion, die er letzte Woche eingereicht hat. Er verlangt vom Staatsrat, dass dieser eine Änderung der Kantonsverfassung prüft, welche das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene vorsieht.

In seiner Begründung schreibt Bischof, dass bei den Jugendlichen das Interesse an der Politik geweckt werden müsse. Es soll ihnen möglich sein, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Gemäss Bischof gebe es auf sämtlichen politischen Stufen Geschäfte, welche die Jugendlichen betreffen. Auf Gemeindeebene sei dies aber besonders häufig der Fall.

Bischof fordert das Stimmrecht 16 für sämtliche Schweizer Bürger, aber auch für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren im Kanton leben und eine Aufenthaltswilligkeit besitzen.

Heute dürfen einzig im Kanton Glarus 16- und 17-Jährige über kommunale Vorlagen abstimmen. Das Wahlbarkeitsalter liegt aber auch in Glarus bei 18 Jahren. Im Kanton Bern verwarf das Stimmvolk 2009 eine entsprechende Vorlage. *uh*

Garnier will ihren Sitz verteidigen

Die Freiburger Grünen haben gestern an einer ausserordentlichen Generalversammlung Marie Garnier für eine zweite Amtsperiode im **Staatsrat** nominiert. Sie nimmt einen der fünf Sitze auf der gemeinsamen linken Liste ein.

URS HAENNI

Marie Garnier ist von den Grünen Freiburg als Kandidatin für eine neue Amtsdauer im Staatsrat nominiert worden. Anlässlich einer ausserordentlichen Generalversammlung in der Kunsthalle Fri Art in Freiburg haben die Mitglieder die erneute Kandidatur der Staatsratspräsidentin aus Villars-sur-



Glâne mit Applaus gutgeheissen. Der Versammlung wurde auch keine zweite Kandidatur vorgeschlagen. Kantonalpräsident Bruno Marmier erklärte, dass für den Vorstand eine Einzelkandidatur der Grünen am erfolgversprechendsten sei. Bei einer Majorzwahl gelte es, eine Verzettelung der Wählerstimmen zu vermeiden. Die 25 anwesenden Mitglieder stimmten dieser Strategie einstimmig zu.

Wohl auf der Liste

Garnier ist nach Anne-Claude Demierre, Jean-François Steiert, Ursula Schneider Schüttel (alle SP) sowie Bernadette Mäder Brühlhart (CSP) als letzte Kandidatin für die gemeinsame Fünferliste der Linken bestimmt worden. Auf einer Liste mit drei SP-, einer CSP- und einer grünen Kandidatur war Garnier bereits vor fünf Jahren in den Staatsrat gewählt worden. «Auf der jetzigen Liste befinden sich Personen meines Vertrauens», sagte Marie Garnier. «Ich fühle mich darauf sehr wohl.»

Zur Lancierung der Kandidatur Garniers war gestern Re-



Marie Garnier ist bereit für eine zweite Amtszeit.

Bild Julien Chavallaz

gula Rytz, Präsidentin der Grünen Schweiz, bei der Versammlung in Freiburg anwesend. In ihrer Ansprache sagte Rytz, sie sei stolz über das Erreichte der Freiburger Grünen, insbesondere auch auf die Arbeit von Marie Garnier in der Kantonsregierung. «Ich hoffe sehr, sie kann ihren Sitz in der Regierung behalten», so Rytz. «Gestalten statt verwalten» ist ihr Motto. Marie Garnier arbeitet für die Leute, und nicht, um die Macht zu erhalten. Sie lebt unsere Werte.» Rytz sagte, sie sei sich bewusst, dass die Bürgerlichen überall eine sehr starke Stellung hätten, sie zeigte sich aber überzeugt, dass die Freiburger Grü-

nen mit viel Engagement ihre Ziele erreichen würden.

Marmier sagte: «Die besondere Qualität von Marie Garnier ist: Sie bleibt sich selbst. Sie hat es in der Regierung als einzige Grüne schwer, aber sie lässt sich nicht unter Druck setzen.» Staatsrätin Garnier gab das Wahlkampfmotto gleich selber bekannt: «Wir müssen unsere Bescheidenheit ablegen und auf unsere Stärken setzen.» Sie sagte, in ihrer Direktion herrsche ein ausgezeichneter Teamgeist. Sie ging auch auf die Angriffe des gegnerischen politischen Lagers ein und sagte dazu: «Die Wähler unterscheiden zwischen politischen Spielchen und geleisteter Arbeit.»

Wirtschaft: Vorgeschmack auf Initiative der Grünen

Die Freiburger Grünen haben gestern einen Vorgeschmack auf die nationale Initiative «Grüne Wirtschaft» erhalten. Die grüne Waadtländer Nationalrätin und frühere Co-Parteipräsidentin Adèle Thorens hat an der Generalversammlung in Freiburg eine Vorlage vorgestellt, für welche die Grünen bereits 2010 die notwendigen Unterschriften gesammelt hatten. Wie Thorens sagte, hat der Bundesrat mehrere Jahre vorgeschlagene ausarbeiten, erst

kürzlich hat ihn aber das Parlament abgelehnt. Nun starten die Grünen die Kampagne mit dem ursprünglichen Projekt; heute Dienstag findet dazu eine nationale Pressekonferenz statt. Gemäss Thorens sind die Hauptpunkte die Erhöhung des Anteils rezyklierbarer Materialien, die Reduktion der Abfallmenge bei den Verursachern sowie die Einführung von ökologischen Standards bei Importen. Eine Umfrage zeige, dass die Bevölkerung diese Anlagen zu zwei Dritteln unterstütze. *uh*

Grossräte deponieren Motion zur Vorprüfung von Volksinitiativen

Zwei Grossräte verlangen in einer Motion, dass Volksinitiativen in Zukunft vorgängig durch den Staatsrat auf ihre Gültigkeit geprüft werden können.

FREIBURG Sie wollen die Volksrechte nicht einschränken. Dies schreiben die Grossräte Eric Collomb (CVP, Lully) und Didier Castella (FDP, Pringy) in einer soeben eingereichten Motion, in der sie die Einführung einer fakultativen Vorprüfung für Volksinitiativen vorsehen.

Ihr Vorstoss ist aber eine direkte Folge der SVP-Initiative «Gegen ein Zentrum Islam und Gesellschaft an der Universität Freiburg», welche der Grosse Rat abgelehnt hatte und welche die SVP nun ans Bundesgericht weitergezogen hat (die FN berichteten).

Vorgängige Prüfung

Collomb und Castella begründen ihre Motion damit,

dass bei den Initianten hinter der SVP-Initiative ein starkes Engagement gestanden habe und dass die Frustration nach dem Entscheid des Grossen Rates entsprechend gross gewesen sei.

Die Motionäre schlagen nun vor, dass ein Initiativkomitee beim Einreichen des Gesuchs zur Unterschriftensammlung in Zukunft eine Vorprüfung über die Gültigkeit verlangen kann. Die Staatskanzlei würde das Vorprüfungsgesuch an den Staatsrat weiterleiten, und dieser würde dann die betroffenen Direktionen beauftragen, den Initiativtext zu prüfen. Dabei solle die Direktion den Initiativtext so weit als möglich im Sinne der Initianten interpretieren.

Nicht zwingend

Bei diesem Verfahren ist vorgesehen, dass die Sachbearbeiter auch mit dem Initiativkomitee Kontakt aufnehmen, um allfällige Passagen des Textes zu diskutieren.

Eine Empfehlung würde dann vom Staatsrat verab-

schiedet. Dies soll spätestens 80 Tage nach Einreichung des Gesuchs geschehen. Gegen dieses Gutachten ist kein Rekurs möglich.

Gesetzesänderung nötig

Die Motionäre verlangen für diesen Verfahrensschritt eine Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte. Die Vorprüfung soll für Initianten nicht zwingend sein, und selbst bei einem negativen Gutachten durch den Staatsrat sollen die Unterschriftensammlung und die Einreichung der Initiative weiterhin möglich sein.

Die Stellungnahme des Staatsrats soll dann gemäss der Motion auch Bestandteil der offiziellen Publikation der Initiative sein. In jedem Fall bliebe der Grosse Rat jene Instanz, die über die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit einer Volksinitiative entscheidet.

Die Motion von Eric Collomb und Didier Castella wird im Grossen Rat zu einem späteren Zeitpunkt behandelt. *uh*

Die Dienste von Fri-Santé sind immer stärker gefragt

Medizinische Beratung und Pflege für Menschen in Schwierigkeiten: Die Nachfrage für das Angebot von Fri-Santé ist auch im letzten Jahr gewachsen.

FREIBURG Doppelt so viel wie 2013: Der Sozial- und Gesundheitsdienst Fri-Santé führte im vergangenen Jahr 996 Sprechstunden für 263 Menschen in prekären sozialen Situationen durch. Zu den Klienten von Fri-Santé gehören unter anderem Arbeits- oder Obdachlose, aber auch Menschen, die nicht integriert oder randständig sind. Fri-Santé könne den Anstieg an Sprechstunden derzeit auffangen, heisst es im Jahresbericht 2015. Der Anstieg sei das Abbild einer realen Verschlechterung der Umstände und des sozialen Kontextes für eine gewisse Bevölkerungsschicht im Kanton Freiburg.

Hauptgründe für die medizinischen Sprechstunden waren Probleme in den Bereichen Gynäkologie, Dermatologie

sowie Knochen und Gelenke. Auch wegen dringender Zahnbehandlungen suchten Betroffene Fri-Santé auf.

Neben den medizinischen Sprechstunden war auch die Sozialberatung von Fri-Santé gut besucht. Dort bietet Fri-Santé Hilfe im Umgang mit Krankenversicherern.

Ein wichtiger Bereich von Fri-Santé ist das Programm Grisolidis, das sich um Sexarbeiterinnen und Drogenabhängige kümmert. Auch hier stiegen die Besucherzahlen in der Sozial- und Gesundheitspermanenz, so dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Präsenz in Massagesalons sowie der Anlaufstelle Le Tremplin zurückfahren mussten. Grisolidis setzt sich auf politischer Ebene zudem für das Verbleiben der Strassenprostitution in der Alten Brunnenstrasse ein.

Fri-Santé wird finanziell vom Kanton, der Loterie Romande und verschiedenen Stiftungen und religiösen Gemeinschaften unterstützt. *mir*